

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionsdirektor: Max H. ...  
Verleger: ...

Druck u. Verlag: ...  
Verlag: ...

Druck u. Verlag: ...  
Verlag: ...

## Programmrede des Reichsfinanzministers

### Grundlegender Kurswechsel - Schonungslose Bilanz - Bekenntnis zum sozialen Tatwillen - Zielbewusste Agrarpolitik - Das Wahlziel: Die nationale Mehrheit

#### Gute Aufnahme bei der Landwirtschaft

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 11. Juni. Reichsfinanzminister von Papen und Reichsernährungsminister von Braun nahmen die Augenblicklich in Berlin stattfindende 62. Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates wahr, um sich dem deutschen Nährstand bekanntzugeben und ihr Regierungsprogramm weiter zu erläutern. Das ehemalige Herrenhaus in der Veitshäger Straße, das die hervorragenden Vertreter der gesamtdeutschen Landwirtschaft am Sonntagvormittag versammelt. Vom Reichsfinanzminister außer dem Reichsfinanzminister und dem Ernährungsminister auch der Reichsinnenminister von Gahl anwesend, ferner zahlreiche weitere Behördenvertreter. Nach Begrüßungsworten des Vorsitzenden des Deutschen Landwirtschaftsrates, Dr. Brandes, gab der Reichsfinanzminister eine kurze

Worte des Finanzministers, die sich gegen die Fehler des kapitalistischen Systems wenden. Der Finanzminister hat damit die Antithese herausgearbeitet, die von der Linken gesellschaftlich übersehen wird, nämlich daß bei grundsätzlicher Bekämpfung des Privateigentums der wirklich konservative Staat nicht ein Freund kapitalistischer Ueberorganisation sein kann. Der starke Welsfall, den der Reichsfinanzminister seinen Ausführungen vor dem Gremium des Landwirtschaftsrates fand, kann als sicher gelten lassen.

daß die deutsche Landwirtschaft der Regierung keinerlei Schwierigkeiten bereiten wird.

auch wenn sie, was als selbstverständlich gelten kann, nicht in der Lage ist, sofort grundlegenden Wandel zu schaffen.

Die Bilanz, die dann der Reichsernährungs- und Landwirtschaftsminister v. Braun, der heute sich erstmals der Öffentlichkeit vorstellte, über die Lage der deutschen Landwirtschaft aufmachte, ist in der Tat katastrophal. Sehr sympathisch begrüßte es, daß Herr von Braun seine Ausführungen mit einem warmherzigen Dank an die Adresse des früheren Reichsernährungsministers Schiele begann, der ebenfalls im Saale anwesend war. Die vielfachen Behauptungen der Linkspresse, daß es sich bei dem Kurswechsel im Reich jetzt um wesentlichen nur um eine Initiative der sozialistischen, speziell der östpreussischen Landwirtschaft handele, sind die Zahlen entgegengehalten, die der Minister in bezug auf die prozentuale Verteilung der über 150 Prozent verschuldeten 4 Millionen Morgen landwirtschaftlicher Nutzfläche mitteilte. Fast die Hälfte davon entfällt nämlich, was vielen unbekannt sein dürfte, auf Ostdeutschland, wo der bäuerliche Grundbesitz bei weitem andere Verhältnisse übertrifft. Die Krise ist also nicht lediglich, wie seit von links behauptet wird, eine persönliche Angelegenheit der ostdeutschen „Großagraren“, sondern alle Betriebsformen und alle Größenklassen der Landwirtschaft sind gleichmäßig in Mitleidenschaft gezogen.

Die weiteren Erklärungen des Reichsernährungsministers unterscheiden sich nicht wesentlich von den Tendenzen, die auch sein Amtsvorgänger, wenn vielleicht auch nicht immer mit der nötigen Entschiedenheit und bei der inneren Zusammenfassung der alten Reichsregierung vielleicht auch nicht so nachdrücklich durchsetzen konnte. Da ist das alte Problem der Preisstürze: zu hohe Produktionskosten und zu niedrige Preise. Da ist die Kaufkraftverminderung und die Arbeitslosigkeit auf der Erzeuger der Nahrungsmittel. Von Bedeutung ist weiter die Erklärung zum Problem der Axtialität. Wir seien durch unsere Lage gezwungen, nach Mäßigkeit die Ernährung des deutschen Volkes aus den eigenen Leistungen der deutschen Landwirtschaft sicherzustellen. In Einzelheiten werden dann eine Reihe von Maßnahmen angeführt.

#### Zur Siebelungsfrage

unterstützt der Minister, daß es unfinnig sei, in großem Umfange ein Siebelungswerk so lange anzunehmen, als sogar die alten Bauernstellen nicht mehr in der Lage seien, sich wirtschaftlich zu halten. Infolgedessen seien Siebelungsfrage und Frage der Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft schicksalhaft miteinander verbunden. In Kreisen des Landwirtschaftsrates haben die Erklärungen des Reichsernährungsministers allgemeine Befriedigung ausgelöst.

(Wortlaut der Reden auf Seite 2)

#### Politik der Verärgerung

Es war von vornherein klar, daß das ohne Fühlungnahme mit Parteien gebildete Kabinett von Papen mit einer noch nicht dagewesenen Feindschaft zu rechnen hatte. Objektiv und sachlich, die Taten der neuen Männer abwartend, stehen der Reichsregierung eigentlich nur die Parteien der Rechten gegenüber. Alle anderen Gruppen haben ihr, bevor auch nur die erste Verlautbarung vorlag, eine erbitterte Feindschaft geschworen, die namentlich bei der Sozialdemokratie in einen blind wütenden Haß ausgearbeitet ist. Man kann sich dabei nur über die Geduld wundern, mit der die Reichsregierung den oft geradezu gemeingefährlichen Beschimpfungen und Begehren der sozialdemokratischen Parteipresse zusieht, deren Ton so ruppig geworden ist, daß man beim Lesen der kommunistischen Zeitungen oft meinen könnte, die Moskowiter vertreten jetzt die zähere Richtung des Marxismus. Schon gegenüber der landesverräterischen Hege gegen die Tätigkeit des Militärattachés v. Papen während des Krieges in Amerika bewies die Regierung unglaublichen Langmut. Augenblicklich steht Papen auf dem Standpunkt Friedrichs des Großen, man müsse wüste Schimpfereien niedriger hängen. Es ist nun interessant zu sehen, wie die abgewirtschaftete Sozialdemokratie, die in Preußen die Presse geradezu terrorisierte, täglich neue Gipfelleistungen maßloser Begehren zu erzielen sucht. Man schreckt dabei selbst vor den niedrigsten Verbrechen nicht zurück. So behaupten jetzt Millionen von sozialistischen Flugblättern und Zeitungen, die Regierung schmähe das deutsche Volk und beauflege seine gewaltigen Leistungen, sie schmähe die Schichten, die „ihre Not männlich ertragen“ hätten, sie „diffamiere“ das deutsche Arbeitsvolk, um nur einige Proben der Beschimpfungen wiederzugeben, die sich die Linke gegenüber der Regierung leistet. Die Berechtigung dazu nimmt man aus der Regierungserklärung, in der davon gesprochen wird, daß Klassenkampf, Arbeitslosigkeit, Kulturvolkschwund und Wirtschaftskrisen das deutsche Volk moralisch zermürben müßten, und die Regierung es daher als ihre Pflicht erachte, gegen diese Gefahren anzukämpfen. Die Aufrufe greifen unbedenklich, unter Verhewigung des Zusammenhanges, den Saftteil „moralische Vermittlung des deutschen Volkes“ heraus, um daran ihre heberischen Betrachtungen anzuschließen. Es muß weit mit einer Partei gekommen sein, deren Führer die Hauptlast an der äußeren und inneren Not unseres Volkes tragen, wenn sie an Stelle der Kritik oder, was noch schlimmer wäre, der Verteidigung der von ihnen tolerierten Maßnahmen des Kabinetts Drüning zu primitiven Fälscherkünftchen greift, um damit trübe Wahlgelüste zu machen. Wahrscheinlich soll so die „sachliche Opposition“ ausbleiben, die der Führer der preussischen Sozialdemokratie, Heilmann, großartig angekündigt hat, um der Rechten einmal zu zeigen, wie man das machen. Die nationale Mehrheit des deutschen Volkes wundert sich aber von Tag zu Tag mehr über die Geduld des Kabinetts, das in seiner Regierungserklärung versprochen hat, uns gegen den zerschlagenden Marxismus zu schützen, jetzt aber die unerhörteste Vergeltung der Öffentlichkeit lediglich mit Nichtachtung strafen will. Man muß von der Regierung entschieden einen wirkungsvollen Schutz gegen rote Fälschungen verlangen, die ja nicht in erster Linie das Kabinett, sondern die nationalen Parteien treffen sollen.

Nicht so großschönlich, aber im Grunde nicht viel sachlicher ist die Sprache des Zentrums. Es hat sich in einer überraschend offenen und eindeutigen Weise auf die Seite seines bisherigen roten Bundesgenossen gestellt. Wie weit es zu gehen gewillt ist, wird die nächste Sitzung des preussischen Landtags zeigen, die ja nicht nur die Ministerpräsidentenwahl, sondern auch die endgültige Wahl des Landtagspräsidenten bringen soll. Hier hat das Zentrum zweimal Gelegenheit, sich für rechts oder links zu entscheiden. Das allerdings wenig Hoffnung für eine sachliche Stellungnahme des Zentrums gegeben ist, verriet die unerhörte Sprache, die der Führer des bayrischen Zentrums, der sog. Bayerischen Volkspartei, in einer Rundgebung in München führte. Er schleuderte Beschuldigungen gegen die Reichsregierung, wie sie maßloser nicht mehr formuliert werden können. Verbitterung, Haß und die Verzerrung des deutschen Volkes seien die Ergebnisse des Regierungswechsels, rult der Parteiführer Schäffer und er knüpft daran dunkle und wortreiche Drohungen, Bannern werde sich nichts gefallen lassen. Wir fragen, wer zerreißt denn eigentlich das deutsche Volk, wenn nicht diejenigen, die in ihrer Verantwortlichkeit es gewissen Berliner Linksborgern ermöglicht, Märchen über einen angeblichen Separatismus im Süden und im Rheinland aufzutischen, die letzten Endes den Franzosen neue Hoffnungen für ihre Donaubundpläne geben. Es ist an der Zeit, die Bayerische Volkspartei und gewisse Zentrumskreise

## Was die Steuernotverordnung bringt

### Ambau, aber keine Verringerung der von Brüning vorgesehenen Lasten

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 11. Juni. Der Inhalt der kommenden großen Notenverordnung, die wahrscheinlich am Dienstagvormittag der Öffentlichkeit übergeben wird, wird amlich nach wie vor geheimgehalten. Soweit die finanziellen Neubelastungen in Frage kommen, liegen uns jedoch einige Informationen vor, die einen allgemeinen Ueberblick schon heute ermaßlichen, ohne daß wir allerdings wegen der strengen Vertraulichkeit, die an den Regierungskreisen gewahrt wird, für alle Einzelheiten bürgen können. Soweit wie jetzt bekannt, wird das Maß der finanziellen Neubelastungen, die in der ursprünglichen Notenverordnung Brüning vorgesehen waren, in der neuen Notenverordnung nicht überboten, allerdings wohl auch nicht unterboten werden. Die Beschäftigtensteuer dürfte einen Umbau erfahren. Für die Beamten ist, da sie in der Krisensteuer nicht mit berücksichtigt werden, eine besondere Abgabe vor-

gesehen. Für die übrigen Bevölkerungskreise erfolgt dann die Erhöhung der Einkommensteuer. Außerdem dürfte mit der Einführung einer Salzksteuer zu rechnen sein. Was die Umsatzsteuer angeht, so sind Maßnahmen ins Auge gefaßt, die ein beschleunigtes Flächen dieser Steuererträge gewährleisten sollen. Die Stundungsmöglichkeit wird weitgehend eingeschränkt werden, wenn nicht überhaupt in Formfall kommen. Diese letztere Maßnahme wird deshalb als nicht vermeidbar bezeichnet, weil die Staatskassen praktisch leer sind und man sich nicht mit neuerlichen Maßnahmen begnügen kann, die einer längeren Aufrüstung bedürfen. Die Belastungslage wird, wie gesagt, dieselbe. Offenbar hat sich die neue Reichsregierung davon überzeugt, daß die finanzielle Lage, in der sich das Reich befindet, noch viel ernster ist, als man aus den Verlautbarungen der früheren Regierung hat entnehmen können.